

und insbesondere bei kirchlichen Würdenträgern“ auf eine explizite mündliche oder schriftliche Verpflichtung verzichtet werden konnte, um die Umworbene nicht zu verprellen. Daraus ergibt sich, daß nur eine genaue Prüfung des Einzelfalles Aufschluß darüber gibt, ob Pflichtverletzungen vorlagen.

Demnächst auch katholischer Abschlußbericht

Als eines der wichtigsten Kriterien für die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit dem MfS wertet der Bericht die Einhaltung der Konspiration, „also die schlichte Frage: Ist der Vorgesetzte informiert worden?“ Als Beleg für konspirative Zusammenarbeit gilt etwa „Inanspruchnahme konspirativer Treffpunkte“. Allerdings, so der Bericht, wird in den Akten „vielfach“ konspiratives Verhalten des kirchlichen Gesprächspartners behauptet, „obwohl dieser von Anfang an andere Personen einbezog“, wie etwa der frühere thüringische Landesbischof *Werner Leich*. Als weitere Kriterien für Zusammenarbeit nennen die Herausgeber das Vorliegen von Berichten oder die Annahme von Vorteilen und Begünstigungen. Schriftliche Berichte aus der Hand kirchlicher Mitarbeiter seien selten; mündliche Berichte seien von den Betroffenen oft nicht als Weitergabe interner kirchlicher Informationen angesehen, sondern als „Erörterung der Lage“ verstanden worden; gleichwohl seien sie „als Belastung zu werten“.

Als „schwerer Vertrauensbruch“ gelten mündliche Auskünfte über Personen. Auch die Übergabe von Material – etwa Protokollen von Synoden, Beschlußtexten oder unveröffentlichten Ausarbeitungen – „wiegt schwer besonders dort, wo Einblick in die Entstehungsprozesse kirchlicher Verlautbarungen gegeben und Autoren kenntlich gemacht werden“. Die Weitergabe von vertraulichen Texten, Fotos, Gesprächsvermerken oder Entwürfen „gilt in jedem Falle als schweres Dienstvergehen“.

Zu den Anlagen des EKD-Berichts gehört eine Übersicht über die auf disziplinarische Relevanz überprüften Fälle der einzelnen Kirchen. Daraus geht hervor, daß bis Ende 1996 rund 40 Maßnahmen – von der Mißbilligung bis zur Amtsenthebung – verhängt wurden, in 15 weiteren Fällen wurden Maßnahmen empfohlen oder anheimgestellt, weitere Betroffene schieden während des Verfahrens aus dem Dienst aus oder beantragten den Eintritt in den Ruhestand. Einige Verfahren endeten mit der Entlastung der Betroffenen, andere sind noch anhängig. Bei allen Disziplinarmaßnahmen gilt der Grundsatz „in dubio pro reo“; das heißt, daß nur dann Maßnahmen verhängt wurden, wo Beweise für Dienstvergehen vorlagen. Die Herausgeber des Abschlußberichts legen Wert auf die Feststellung, daß es sich „nicht um einen Akt fataler Barmherzigkeit“ handele, wenn mangels Beweisen auf Disziplinarmaßnahmen verzichtet werde.

Die Spannung zwischen der Betrachtungsweise des Historikers und des Juristen ist letztlich nicht aufhebbar, und so wird die Auseinandersetzung über die MfS-Mitarbeiter in der Kirche auch künftig kontrovers bleiben. Der EKD-Abschlußbericht hat für solche Erörterungen jedenfalls ein Niveau festgeschrieben, das nicht mehr durch pauschale Urteile unterschritten werden sollte. Auch wenn die Ergebnisse nur die Untergrenze der Zusammenarbeit kirchlicher Mitarbeiter mit der Stasi markieren, können die „Alarmlmeldungen“ – so Mitherausgeber Schultze – vom Beginn der 90er Jahre damit als widerlegt gelten. Die Ergebnisse gleichen in vieler Hinsicht den bisher vorliegenden Angaben über die Stasi-Problematik in der *katholischen Kirche*. Der Abschlußbericht der von den katholischen ostdeutschen Bischöfen eingesetzten Arbeitsgruppen soll nach deren Ankündigung bis Ende des Jahres fertiggestellt sein. N. Z.

Kirchen in Europa: Ökumene in schwierigen Zeiten

Vom 30. Juni bis zum 4. Juli fand in Graz – am Tag nach Abschluß der Zweiten Europäischen Ökumenischen Versammlung beginnend – die elfte Vollversammlung der Konferenz Europäischer Kirchen statt. Schwächungen durch kriegerische Auseinandersetzungen wie in Jugoslawien, der Austritt einer orthodoxen Mitgliedskirche, finanzielle Schwierigkeiten sowie strukturelle und personelle Veränderungen – die Zeichen stehen bei der KEK auf Umbruch.

„Graz 1997“ war für die Mitglieder der „Konferenz Europäischer Kirchen“ (KEK) – so eine Bemerkung ihres britisch-humorvollen Präsidenten *John Arnold* – wie ein „Spiel mit zwei Halbzeiten“. Die erste Halbzeit bestand aus der *Zweiten Europäischen Ökumenischen Versammlung*, bei der die KEK neben dem *Rat der Europäischen Bischofskonferenzen* (CCEE) einer der beiden Träger war (vgl. ds. Heft, 397 ff.). Die zweite Halbzeit des Spiels dagegen war die elfte Vollversammlung der KEK, die im Anschluß

an die Zweite Europäische Ökumenische Versammlung am selben Ort stattfand.

Die KEK-Vollversammlung hatte mit der Zweiten Europäischen Ökumenischen Versammlung jedoch nicht nur den Ort gemeinsam, sondern auch das Motto: „Versöhnung. Gabe Gottes und Quell neuen Lebens“. Im Vorfeld dieser Vollversammlung war jedoch entschieden worden, daß man nach der Europäischen Ökumenischen Versammlung das Thema nicht erneut diskutieren wollte. Man beließ es daher

bei einer allgemeinen Bewertung und Einschätzung ihrer Ergebnisse.

Einer der beiden Sekretäre der Grazer Ökumenischen Versammlung, der KEK-Mitarbeiter *Rüdiger Noll*, bezeichnete diese in der Rückschau als eine Versammlung gegen den Trend der Zeit: gegen die Tendenzen des Individualismus und des Konfessionalismus. Sowohl die Schlußbotschaft als auch der Basistext zeigten die enge Verbindung zwischen Versöhnung, Gerechtigkeit und Wahrheit. Ebenso wie es keine billige Gnade gebe, habe man in Graz gelernt, daß es auch keine billige Versöhnung gebe.

Zusammenarbeit mit der katholischen Kirche intensivieren

Zum Abschluß der Debatte über Verlauf und Ergebnis der Zweiten Europäischen Ökumenischen Versammlung sprachen sich Delegierte u. a. dafür aus, die katholische Kirche in die ökumenischen Organisationen zu integrieren. In seinem Rechenschaftsbericht plädierte auch der anglikanische KEK-Präsident *Arnold* vor dem Hintergrund der Erfahrungen bei der Ökumenischen Versammlung von Graz dafür, die Zusammenarbeit mit der katholischen Kirche als größter Nichtmitgliedskirche zu verstärken.

Die nächste KEK-Vollversammlung solle – so *Arnold* – zu diesem Thema Antworten vorlegen und nicht weitere Fragen. *Arnold* regte an, den nationalen Bischofskonferenzen die Mitgliedschaft in der KEK anzubieten. Mit der Nichtmitgliedschaft der katholischen Kirche in der KEK falle man bislang hinter das zurück, was in anderen regionalen ökumenischen Organisationen mancherorts bereits erreicht sei.

Der künftige Generalsekretär der KEK, *Keith Clements*, ein britischer Baptist – seit Januar ist er gewählt und tritt am 1. September die Nachfolge des bisherigen Amtsinhabers, *Jean Fischer*, an –, nannte eine verstärkte Zusammenarbeit mit der katholischen Kirche zwar gleichfalls „unbedingt lebensnotwendig“, zeigte sich aber ge-

genüber *Arnolds* Vorschlag zurückhaltend. Er gab zu bedenken, wie unterschiedlich die Beziehungen zwischen KEK-Mitgliedskirchen und der römisch-katholischen Kirche innerhalb Europas seien.

Auch der reformierte Westschweizer *Fischer* bezeichnete den Vorschlag, Bischofskonferenzen die Mitgliedschaft in der KEK anzubieten, als „verfrüht“. Die Frage sei zu ernst, als daß man sie mit leichter Hand angehen kann“. „Die vielfältige Wirklichkeit innerhalb der KEK“ finde – so *Fischer* in seinem Rechenschaftsbericht – ihre Entsprechung in „der vielfältigen Wirklichkeit unter den mit Rom verbundenen Kirchen“.

Fischer und *Clements* sprachen sich jedoch für eine verstärkte Zusammenarbeit mit dem CCEE aus. *Clements* verwies in dem Zusammenhang auch auf die Arbeit des gemeinsam von CCEE und KEK gebildeten Komitees „Islam in Europa“. Als ein Ergebnis dieser Zusammenarbeit erschien erst unlängst eine pastorale Handreichung zu christlich-muslimischen Ehen (Wortlaut in: *Cibedo*, Beiträge zum Gespräch zwischen Christen und Muslimen, Heft Nr. 1/ 1997). 1991 hatte diese Arbeitsgruppe das Dokument veröffentlicht: „Die Präsenz der Muslime in Europa und die theologische Ausbildung der kirchlichen Mitarbeiter“.

KEK-Präsident *Arnold* schlug in seinem Rechenschaftsbericht für das Jahr 2000 in Straßburg eine Feier auf europäischer Ebene vor, zu der CCEE und KEK wiederum gemeinsam einladen sollten: Er nannte es eine Herausforderung, die Völker und Nationen Europas mit einer „Botschaft des Friedens, der Hoffnung und der Einheit“ ins nächste Jahrtausend zu begleiten.

Zu den wichtigsten Tagesordnungspunkten der KEK-Vollversammlung gehörten Fragen, die deren künftige institutionelle Struktur betreffen. Mit großer Mehrheit sprachen sich die Delegierten für eine Integration von KEK und *Europäischer Ökumenischer Kommission für Kirche und Gesellschaft* (englisch abgekürzt: EECCS) aus und damit für eine Änderung der

Verfassung der KEK. Ab dem 1. Januar 1999 wird es statt zweier Organisationen nur mehr *eine* mit einem gemeinsamen Haushalt geben. Die EECCS soll ihre Arbeit künftig als Kommission für Kirche und Gesellschaft unter dem Dach der KEK tun.

EECCS wird eine Kommission der KEK

Bei der EECCS handelt es sich um ein 1973 gegründetes, europäisches evangelisch-anglikanisches Netzwerk mit Sitz in Straßburg und Brüssel, das sich der Vertretung der Anliegen vor allem westeuropäischer Kirchen gegenüber Europäischer Union und Europarat widmet. Bisher hat die EECCS 17 Vollmitglieder, Kirchen und Kirchenräte vornehmlich aus westeuropäischen Ländern sowie aus Ungarn, Tschechien und der Slowakei. Im Zuge der Erweiterung der Europäischen Union in Richtung Mittel- und Osteuropa soll sich die EECCS stärker mit Fragen künftiger neuer EU-Mitgliedsstaaten, aber auch solcher Länder befassen, die keine EU-Mitgliedschaft anstreben oder deren Beitritt zur EU zwar angestrebt wird, aber noch aussteht.

Ursprünglich hatte die elfte Vollversammlung der KEK 1999 stattfinden sollen. Nicht zuletzt aus finanziellen Gründen entschied man sich dafür, sie zeitlich und örtlich in unmittelbarer Nähe zur Zweiten Europäischen Ökumenischen abzuhalten. Die finanzielle Lage der KEK spielte auch in den Beratungen der Vollversammlung eine wichtige Rolle.

KEK-Generalsekretär *Fischer* bekräftigte in diesem Zusammenhang die Bedeutung der KEK zu einer Zeit, in der viele ökumenische Institutionen gezwungen seien, auf Grund finanzieller Schwierigkeiten Personal abzubauen und Programme zu kürzen. Jeder Versuch der Verringerung der Mittel für die KEK bedeute – so *Fischer* – „Selbstmord“. In den Jahren 1994 und 1995 erlebte die KEK eine finanziell schwierige Phase. Nach *Fischers* Anga-

ben hat sich die Lage unterdessen stabilisiert. Man hoffe, den laufenden Haushalt 1997 ohne Defizite abschließen zu können.

Durch die Integration der EECCS wird die KEK ab 1999 drei Standorte haben: Brüssel, Straßburg und Genf. Der Finanzausschuß der Grazer Vollversammlung empfahl zu prüfen, ob durch eine Verlegung des Hauptquartiers von Genf weg Kosteneinsparungen erreicht werden können.

In einem Grußwort an die KEK-Vollversammlung wies der Generalsekretär des Weltrats der Kirchen (ÖRK), *Konrad Raiser*, darauf hin, daß die ökumenischen Organisationen über die unmittelbaren finanziellen Schwierigkeiten hinaus mit grundsätzlichen Fragen der Zukunft der konziliaren Ökumene, wie sie in den derzeitigen Strukturen Ausdruck finden, konfrontiert seien. Er forderte dazu auf, in eine grundlegende Reflexion der globalen und regionalen ökumenischen Strukturen einzutreten.

Angesichts der veränderten politischen Lage in Mittel- und Osteuropa warnte Dean Arnold vor einem Auseinanderbrechen der zwischenstaatlichen Beziehungen. Immer mehr Menschen flüchteten sich aus Angst vor zunehmenden Veränderungen in einen „engen Nationalismus“, der bereits zu zwei Weltkriegen in diesem Jahrhundert geführt habe.

Zur Lage der KEK nach dem Konflikt in Jugoslawien meinte der scheidende KEK-Generalsekretär Fischer, durch diesen Krieg habe die KEK „starke Erschütterungen und sogar Risse erfahren“. Pressemeldungen, nach der seitens der Serbischen Orthodoxen Kirche beabsichtigt sei, die KEK zu verlassen, widersprach Fischer und bezeichnete sie als unwahr. Der Vorschlag, die Serbische Orthodoxe Kirche aus der KEK auszuschließen, sei „glücklicherweise“ „nie offiziell gemacht“ worden.

Zu den schwierigen Beziehungen der KEK zu manchen orthodoxen Kirchen meinte Fischer, in ganz Europa und auch in den KEK-Mitgliedskirchen seien gegenwärtig antiökumenische Kräfte am Werk, die nicht davor

zurückscheuten, „Bündnisse und Halbwahrheiten dazu zu benutzen oder zu mißbrauchen, die ökumenische Bewegung anzugreifen oder zu schwächen“. Den Austritt der Georgischen Orthodoxen Kirche vor einem Monat (vgl. HK, Juli 1997, 375f.) führte Fischer auf den Kampf zwischen fundamentalistischen und ökumenischen Kräften in dieser Kirche zurück. Fischer appellierte an die Mitgliedskirchen, zusammenzubleiben und sich gegen alle Kräfte der Spaltung zu stellen.

Die KEK – ein Europäischer Rat christlicher Kirchen?

In seinem Rechenschaftsbericht forderte Fischer dazu auf, die genaue Rolle einer regionalen ökumenischen „Gemeinschaft von Kirchen“ wie der KEK neu zu bestimmen. Präsident Arnold skizzierte die weitere Entwicklung der KEK vor dem Hintergrund einer Regionalisierung der ökumenischen Bewegung durch den Weltrat der Kirchen. Die KEK könne im Übergang zum dritten Jahrtausend zunehmend werden, was sie faktisch bereits ist, ein *Europäischer Rat der Kirchen*.

Wenige Wochen vor Beendigung seiner Amtszeit als Generalsekretär gab Jean Fischer der KEK für die kommenden Jahre drei Zielsetzungen mit auf den Weg: Erstens sprach er sich für eine Intensivierung der Beziehungen zwischen den verschiedenen Teilen Europas aus, vor allem zwischen Ost- und Westeuropa, zweitens für einen verstärkten Dialog zwischen orthodoxen und protestantischen Kirchen in Europa sowie drittens für eine Neustrukturierung der Zusammenarbeit mit der katholischen Kirche.

Zur Realisierung dieser Ziele schlug Fischer die Schaffung von drei Arbeitseinheiten vor: eine *Kommission Kirchen im Dialog* für die Förderung ökumenischer Dialoge; die *Kommission Kirche und Gesellschaft* für die Beziehungen zu den europäischen Institutionen sowie für die Arbeit auf den Gebieten Wirtschaft, Soziales, Si-

cherheitspolitik sowie Menschenrechte; schließlich die *Kommission Kirchen in Solidarität* für die Koordination des sozialen und diakonischen Handelns der Kirchen.

Auf der Tagesordnung stand in Graz auch die Neuwahl des Zentralausschusses der KEK. Zwischen den Vollversammlungen ist der Zentralausschuß das für die Wahrnehmung der laufenden Geschäfte bevollmächtigte Gremium der KEK. Insgesamt wurden 40 Delegierte der Vollversammlung in den Zentralausschuß gewählt. Im Mittelpunkt stand dabei der Versuch, die verschiedenen europäischen Regionen und die unterschiedlichen Mitgliedskirchen angemessen zu berücksichtigen sowie ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Männern und Frauen, Ordinierten und Nichtordinierten, kirchenleitenden Persönlichkeiten und Gemeindevertretern sowie zwischen den Altersgruppen sicherzustellen.

Zukünftig werden 16 Frauen, acht Jugendliche, 14 Nichtordinierte und 14 kirchenleitende Persönlichkeiten im neuen Zentralausschuß vertreten sein. Aus dem deutschsprachigen Raum wurden gewählt: aus Deutschland die Leiterin der Europa-Abteilung der EKD, Oberkirchenrätin *Antje Heider-Rottwilm*, der Landessuperintendent der Evangelisch-reformierten Kirche und EKD-Ratsmitglied *Walter Herrenbrück*, die Dezernentin für Ökumene und Mission im nordelbischen Kirchenamt und EKD-Ratsmitglied Oberkirchenrätin *Ruth Rorandt* sowie das Mitglied der Kirchenleitung des Evangelisch-methodistischen Kirche *Birgit Klement*; aus der Schweiz der Präsident des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes, Pfarrer *Heinrich Rusterholz*, und der Christkatholik *Adrian Suter*; aus Österreich der Methodist *Roland Siegrist*.

Größte Einzelkonfession innerhalb des Zentralausschusses sind nach dieser Wahl die Orthodoxen mit 13 Mitgliedern sowie Lutheraner mit acht sowie Reformierte und Presbyterianer mit zusammen sieben Mitgliedern. Methodisten und Anglikaner haben je drei Mitglieder, alle weiteren, insgesamt sechs Kirchen, je ein Mitglied.

Die Ursprünge der Konferenz Europäischer Kirchen liegen, daran erinnerte Dean Arnold in Graz, in der ökumenischen Bewegung und dem *kalten Krieg*. Mit dem Ende des kalten Krieges sei, so Arnold, die Existenzberechtigung der KEK nicht erloschen. Zwischen den Gegensätzen unter den eige-

nen Mitgliedskirchen einerseits und einem immer noch recht europäisch geprägten Weltrat der Kirchen andererseits muß die KEK ihre Rolle erst noch bestimmen. Diese Aufgabe ist seit der letzten KEK-Vollversammlung in Prag 1992 (vgl. HK, Oktober 1992, 451 ff.) nicht leichter geworden. K. N.

Lateinamerika wird deutlich, welche geringe Rolle in der allmählich entstehenden europäischen Öffentlichkeit etwa der Rat der Europäischen Bischofskonferenzen immer noch spielt. Auch ist es vor dem Hintergrund der genannten Problemlagen an der Zeit, daß sich diejenige theologische Disziplin, die das politische Handeln von Christen und Kirchen sozialwissenschaftlich, ethisch und theologisch reflektiert, auch auf europäischer Ebene vernetzt.

Soziallehre: Herausgefordert durch das neue Europa

Zu einer Situationsvergewisserung und zur Erarbeitung eines künftigen Profils der kirchlichen Soziallehre trafen sich in Rom auf Einladung des Päpstlichen Rates für Gerechtigkeit und Frieden zum erstenmal über hundert Sozialethiker zu einem „Europäischen Treffen zur Soziallehre der Kirche“; unter ihnen auch der Würzburger Sozialethiker Gerhard Kruij, der Autor des folgenden Beitrags.

Europa steht vor spezifischen neuen Herausforderungen: In vielen der reicheren Ländern befindet sich das bislang erfolgreiche Wachstumsmodell in einer dramatischen Krise, die sich in anhaltend hoher Arbeitslosigkeit und dem Abbau beziehungsweise Umbau des Sozialstaates niederschlägt. Die Prozesse der Globalisierung verlangen eine „Strukturanpassung“ mit schmerzlichen Einsparungen, wie sie in früheren Jahren nur hoch verschuldeten Entwicklungsländern auferlegt wurde. Der europäische Einigungsprozeß schafft zwar einen gemeinsamen Markt; es gelingt bisher aber zu wenig, sich auf europäischer Ebene die demokratisch legitimierten Instrumente zu geben, die zu dessen Gestaltung notwendig sind.

Zu alledem gesellt sich die noch lange nicht bewältigte „Erweiterung Europas“ durch den Zusammenbruch des Ostblocks. Auch die mit massiven Problemen kämpfenden Transformationsländer erheben den Anspruch, zu diesem Europa zu gehören und erwarten für ihre Entwicklung solidarische Unterstützung. Gelingt deren Integration nicht, wird es zu Migrationsbewegungen kommen, die die sozialen Probleme in den Zielländern weiter ver-

schärfen werden. Schließlich darf Europa bei allen binneneuropäischen Entwicklungsproblemen nicht die Verantwortung vergessen, die es gegenüber der sogenannten „Dritten Welt“ wahrzunehmen hat, insbesondere auch im Blick auf eine gerechtere Verteilung ökologischer Ressourcen. Dazu muß endlich der Pfad einer „nachhaltigen Entwicklung“ eingeschlagen werden, der auch mit der Entwicklung der ärmeren Länder dieser Erde kompatibel ist.

Kirchliche Soziallehre als „offene Baustelle“ verstehen

Wenn sich Christen und Kirchen, deren Glauben immer auch in der politischen Gestaltung gesellschaftlicher Strukturen konkret werden muß, diesen Fragen stellen wollen, ist es unerlässlich, über den nationalen Tellerand hinaus den Austausch und die gemeinsame Aktion zwischen Christen und Kirchen in ganz Europa zu suchen – und dies auch über Konfessionsgrenzen hinaus. Dazu bedarf es noch großer Anstrengungen der Koordination und Organisation auf allen Ebenen. Im Vergleich beispielsweise zu

Dazu fand vom 19. bis 21. Juni 1997 in Rom ein erstes „Europäisches Treffen zur Soziallehre der Kirche“ statt, an dem über einhundert Dozenten dieses Faches aus 16 Ländern teilnahmen. Eingeladen dazu hatte der Päpstliche Rat für Gerechtigkeit und Frieden unter der Präsidentschaft von Kardinal Roger Etchegaray, das Pastoralinstitut der theologischen Fakultät der Päpstlichen Lateran-Universität und das „Forschungszentrum für das Studium der Soziallehre der Kirche“ an der Katholischen Universität des Heiligen Herzens in Mailand. Der Anlaß war ein doppelter: Zum einen hatte das Mailänder Forschungszentrum in den Jahren 1995 und 1996 eine europaweite Umfrage durchgeführt, um zu erheben, welche Rolle die Soziallehre im Rahmen theologischer Ausbildung an Hochschulen und Universitäten spielt. Zum anderen sollte 30 beziehungsweise zehn Jahre nach dem Erscheinen der beiden Enzykliken „*Populorum Progressio*“ (1967) und „*Sollicitudo Rei Socialis*“ (1987) an die Aktualität ihrer Aussagen zum Thema der „Entwicklung“ erinnert werden – auch und gerade für die anstehenden europäischen Entwicklungsschritte. Anders als vor dem Ende des Ost-West-Gegensatzes, als die Soziallehre der Kirche häufig mit dem Ziel ins Spiel gebracht wurde, marxistische Einflüsse auf die Theologie und die Praxis von sozial und politisch engagierten Christen abzuwehren, betonte Kardinal Etchegaray in seiner Begrüßungsansprache, die Soziallehre erlange heute neue Aktualität „im Kampf gegen die größte Bedrohung unserer Gesellschaft: die Privatisie-